

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 27. Oktober 2014, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Kurt Burghardt	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Ulrike Cap	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Walter Krichbaumer	FPÖ
Franz Weindl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Margit Bergauer	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Ing. Siegfried Junger	SPÖ
Manfred Luksith	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Elfriede Schönbauer	SPÖ
Susanne Zwickl	SPÖ

Anton Kopf	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Margot Linke	GRÜNE
Ernst Nadler	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Ortwin Fischer	FPÖ
Renate Franek	FPÖ
Christine Weindl	FPÖ

Alexander Stetina

Entschuldigt abwesend:

Dipl.Päd. Martin Wechdorn

Wolfgang Halwachs

Claudia Pawlik MEd.

ÖVP

ÖVP

Schriftführer:

Stadtdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Kurt Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g** - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 15. September 2014
2. Weihnachtsgeld 2014
3. Teilnahme am LEADER Förderprogramm 2014-2020
4. Müllentsorgungsvereinbarung mit der B.S.U. GmbH.

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

5. Vitrine Nr. 1 Bahnstraße – Genehmigung Mietvertrag
6. WVA-Stadt – Übereinkommen mit EVN Wasser
7. ABA Süd – Pumpwerke, Erneuerung Pumpen
8. Abtretungsvertrag Pz.Nr. 1504/15
9. Vereinbarung OMV, Pz.Nr. 2482
10. Bauhof – Ankauf Pritschenwagen

Berichterstatter: StR. Christian Worlicek

11. 2. Nachtragsvoranschlag 2014
12. Darlehensaufnahme „Erweiterung Kläranlage“
13. Darlehensaufnahme „Errichtung Kindergarten Gänseblume“
14. Festsetzung des Einheitssatzes für die Aufschließungsabgabe

Berichterstatter: StR. Ulrike Cap

15. Ankauf von Feuerkörben

Berichterstatter: StR. Walter Krichbaumer

16. Neubau 3-gruppiger Kindergarten Dr. Hörler Gasse – Vergabe von Leistungen
17. Sozialkarte – Ermäßigung für Kurse der Volkshochschule

Berichterstatter: StR. Rene Lobner

18. Öffnungszeiten der Deponie

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

19. Personalangelegenheiten

20. Verlassenschaft - Testamentannahme

21. Verlängerung Vertrag Eichamtstraße 49

22. Stadthalle – Dach, Maßnahmen gegen Schneelast

Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass drei Dringlichkeitsanträge (je einer von ihm, von den GRÜNEN und von der ÖVP) eingebracht wurden. Der Bürgermeister verliest in weiterer Folge wortwörtlich die drei Dringlichkeitsanträge in der Reihenfolge, wie sie eingebracht wurden. Die Dringlichkeitsanträge haben folgenden Inhalt:

**1. „Optionsvereinbarung über die Einräumung des Rechts zum Kauf einer Liegenschaft“
(Dringlichkeitsantrag Bürgermeister)**

Begründung der Dringlichkeit

Ein Nahversorger möchte für die seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf erworbenen Grundstückes in Gänserndorf Süd eine Optionsvereinbarung über die Einräumung des Rechts zum Kauf einer Liegenschaft im Ausmaß zwischen 3.500 bis 4.000 m² für die Errichtung eines Supermarkts in Gänserndorf Süd abschließen. Die bereits abgeschlossene Optionsvereinbarung mit privaten Grundstückseigentümern läuft Ende Dezember 2014 aus.

Um die Realisierung dieses notwendigen Projektes für Gänserndorf Süd sicher zu stellen ist die Dringlichkeit für den Beschluss dieser Optionsvereinbarung gegeben.

Frau GR. Margot Linke stellt an den Bürgermeister gemäß § 22 (1) der NÖ. Gemeindeordnung folgende Anfrage zu dem eben gestellten Dringlichkeitsantrag:

Es ist äußerst befremdlich und nach Ansicht der GRÜNEN auch nicht gesetzeskonform, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt werden soll. Namen sind keine zu schützen, da schon am 22. Oktober 2014 - zeitgleich mit dem Datum des Dringlichkeitsantrages – online alles in den Medien zu lesen ist: siehe screenshot Bezirksblätter – noch vor Beschluss im Gemeinderat! Auch auf der SPÖ-Homepage ist zu lesen „SPAR für Gänserndorf Süd ist fix“ – und die druckfrische Rundschau weiß es auch schon.

Und Finanzen müssen laut § 47 (2) der NÖ. Gemeindeordnung sowieso öffentlich behandelt werden. Warum also wird der Dringlichkeitsantrag vom Herrn Bürgermeister im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung abgehandelt, wenn es überall sonst schon zu lesen ist ?

Und warum hast du, Herr Bürgermeister, diesen Punkt überhaupt als dringlichen Antrag eingebracht, nachdem die Tagesordnung (gemäß § 46 (1) NÖ. Gemeindeordnung) doch vom Bürgermeister erstellt wird? Das erstaunte mich schon in den letzten Sitzungen, wo es gleich mehrere dringliche Anträge von dir gab, in denen beträchtliche Summen für Grundstücke beschlossen wurden!

Derart große und wichtige Entscheidungen für die Zukunft Gänserndorfs als Bürgermeister in einem dringlichen Antrag auf die Tagesordnung zu bringen, bedeutet auch, dass die anderen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates keinen entsprechenden Einblick in wichtige Unterlagen vorab – bei den Akten – bekommen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt hierzu fest, dass bei diesem Antrag auch ein Kaufpreis beschlossen werden soll und dass er daher in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung behandelt werden muss.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 23 in die Tagesordnung der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

2. Umrüstung der Stromtankstelle am Rathausplatz in eine moderne E-Tankstelle mit Schnell-Ladefunktion (Dringlichkeitsantrag GRÜNE)

Antrag

Der Gänserndorfer Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 23.6.2014 unter **TOP 8a.** folgenden Dringlichkeitsantrag behandelt:

"Antrag, die Gemeinde möge noch in dieser Sitzung einen Grundsatzbeschluss zur Unterstützung des E-Car Sharing Projektes in Gänserndorf fassen umso die Voraussetzung für die Bildung einer parteiübergreifenden E-Mobilitätsgruppe zu schaffen, die die rasche Umsetzung des Projekts ermöglicht.

Dieser Antrag wurde (inklusive dem Zusatz, dass beide Ausschüsse - Infrastruktur- & Umwelt-Ausschuss - gemeinsam dieses Thema behandeln) einstimmig angenommen.

Die GRÜNEN Gänserndorf beantragen - im Sinne des oben zitierten Grundsatzbeschlusses - die Aufnahme des Punktes **„Umrüstung der Stromtankstelle am Rathausplatz in eine moderne E-Tankstelle mit Schnell-Ladefunktion“** in die Tagesordnung.

Begründung des Antrages

Die Aufrüstung von Stromtankstellen auf dem Gänserndorfer Gemeindegebiet - insbesondere jener beim Rathaus, wo der 1. Standplatz des E-Carsharing-Autos geplant ist - soll zur Förderung der E-Mobilität in Gänserndorf rasch umgesetzt werden. Um das von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien grundsätzlich befürwortete E-Carsharing reibungslos zu ermöglichen, ist eine Schnell-Ladefunktion der E-Tankstelle dringend erforderlich.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird damit begründet, dass zurzeit der Budgetentwurf für 2015 erstellt und an der Verwirklichung des E-Carsharing Projektes aktiv gearbeitet wird. Die Aufrüstung von Stromtankstellen auf dem Gemeindegebiet - insbesondere beim Rathaus als sichtbares Zeichen der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses durch die Gemeinde - muss unbedingt im Budget 2015 berücksichtigt werden.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 18a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

3. Unverzügliche Maßnahmen einer Verbesserung (Zebrastreifen) des Überquerens des Hafergrubenweges in Richtung Volksschule – Höhe mobiler Kindergarten (Dringlichkeitsantrag ÖVP)

Antrag

Die Sicherheit unserer Kinder ist uns höchstes Gebot. Das Überqueren des Hafergrubenweges in Richtung Volksschule – Höhe mobiler Kindergarten – ist nicht ungefährlich. Verstärkt durch Klagen ob dieser Situation aus den Reihen besorgter Eltern, die sich an uns gewandt haben, fordern wir unverzüglich Maßnahmen einer Verbesserung (Zebrastreifen) für das Überqueren zu ergreifen.

Begründung der Dringlichkeit

Bedingt durch witterungsbedingte Situationen, speziell um diese Jahreszeit, wie Regen-Nebel-Schnee-Straßenglätte – ist in diesem Fall Gefahr in Verzug, sollte nicht rasch gehandelt werden.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 10a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 15. September 2014 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für 2014 nachstehende Richtlinien über die Gewährung eines Weihnachtsgeldes für die Bediensteten der Stadtgemeinde Gänserndorf genehmigt werden sollen:

1. Alle aktiven Beamten und Vertragsbediensteten der Stadtgemeinde Gänserndorf, die am 1. November 2014 Anspruch auf Gehalts- und Lohnzahlungen haben und das ganze Jahr bei der Stadtgemeinde Gänserndorf beschäftigt waren, erhalten anlässlich des Weih-

nachtsfestes 2014 Geschenkgutscheine (Gänserndorfer Einkaufsgutscheine) im Wert von **€ 180,-,-**.

2. Jene(r) Bedienstete, die nicht das ganze Jahr bei der Stadtgemeinde Gänserndorf beschäftigt waren bzw. nicht vollbeschäftigt sind, erhält den Ihrer Dienstzeit bzw. ihrer Beschäftigung entsprechenden Anteil des Geschenkgutscheines (Gänserndorfer Einkaufsgutschein).
3. Die Hausbesorger der Gemeindewohnblocks erhalten den Geschenkgutschein in jenem Verhältnis, in dem ihr Monatsentgelt (Bruttoentgelt) zum Entgelt der Entlohnungsgruppe 1, Entlohnungsstufe 1, NÖ. GVBG. 1976, steht, jedoch höchstens in dem unter Pkt. 1 angeführten Ausmaß.
4. Die unter Pkt. 1 angeführten Gemeindebediensteten erhalten für jedes Kind, das am 1. November 2014 als unversorgt gilt, eine Kinderzulage nach den Ansätzen, die den Bediensteten des Landes NÖ. gewährt werden.

Die unter Pkt. 2 angeführten Bediensteten erhalten für jedes Kind den aliquoten Anteil der Kinderzulage.

5. Die Kinderzulage ist am 15. November 2014 bzw. am 1. Dezember 2014 zur Anweisung zu bringen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 3: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vom Regionalbüro Marchfeld übermittelten Beschluss, gefasst werden soll:

Teilnahme am LEADER Förderprogramm 2014-2020 im Rahmen der LEADER Region Marchfeld

Der Gemeinderat der Gemeinde Gänserndorf hat in der Sitzung am _____ beschlossen, am EU Förderprogramm LEADER 2014-2020 der LEADER Region Marchfeld auf Basis der Vorgaben des Programmes für Ländliche Entwicklung in Österreich 2014 - 2020 (LE 2020 - LEADER), teilzunehmen.

Der jährliche Betrag für die LEADER Region Marchfeld ist bis 31.12.2023 zu leisten und beträgt € 1,70 pro Jahr und Einwohner.

Ort, Datum

Frau GR. Margot Linke stellt fest, dass die GRÜNEN für LEADER sind. Sie beantragen aber – analog zu MAREV – jährlich einen Bericht im Gemeinderat. Die Stadtgemeinde Gänserndorf hat in den letzten sechs Jahren jährlich rund € 16.000,-- an LEADER bezahlt. Es stellt sich jetzt die Frage, was mit diesem Geld passiert ist. Im dem Antrag beiliegenden Prospekt steht, dass es 200 Förderprojekte gibt bzw. gab. Wie viele Projekte bzw. Firmen in Gänserndorf wurden in den letzten Perioden gefördert. Weiters stellt sich die Frage, warum dieser jährliche Beitrag in Höhe von € 1,70 pro Einwohner bis 2023 zu bezahlen ist, wenn in der heutigen Sitzung das LEADER-Förderprogramm 2014 – 2020 beschlossen werden soll.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt gibt hierzu bekannt, dass der Vorstand von LEADER beschlossen hat, dass die Beiträge bis zum Jahr 2023 festgesetzt werden sollen. Dies deshalb, weil sich LEADER für die Ausrichtung der Landesausstellung 2021 bewirbt. Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass das LEADER-Förderprogramm ausdrücklich von 2014 bis 2020 dauert und die Landesausstellung erst im Jahr 2021 stattfindet. Warum muss dann der Beitrag jetzt bis 2023 beschlossen werden. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt erklärt hierzu, dass das Förderprogramm von 2014 bis 2020 dauert. Da sich die Region für die Landesausstellung 2021 bewirbt, soll die Sicherstellung der Beiträge bis zum Jahr 2023 erfolgen. Wie das Förderprogramm ab 2021 aussieht, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Herr GR. Volker Weiss stellt nochmals die Frage, was für Gänserndorf in der letzten Periode gefördert wurde. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt teilt mit, dass er den entsprechenden Bericht entweder in der letzten Gemeinderatssitzung des heurigen Jahres abgeben wird oder die Gemeinderatsmitglieder schriftlich vor dieser Sitzung informieren wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 4: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegende Ergänzungsvereinbarung zur Müllentsorgung mit der Abfallbehandlung B.S.U. GmbH aus Krems beschlossen werden soll. Diese sieht im Wesentlichen einen Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht des bestehenden Entsorgungsvertrages bis zum Ablauf des 31.12.2017 vor. Die Vereinbarung kann somit erstmals zum 31.12.2018 rechtswirksam aufgekündigt werden. Ferner beinhaltet sie eine Rabattierung des Preises pro Tonne von derzeit € 138,50 auf € 115,-- für das Jahr 2015 und auf € 106,-- ab 1.1.2016 exkl. Ust.

Herr GR. Volker Weiss findet es super, dass für Gänserndorf eine Vergünstigung zustande gekommen ist. Stellt jedoch die Frage, warum diesen Antrag nicht der zuständige Stadtrat Rene Lobner stellt. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt gibt hierzu bekannt, dass dieses Thema ausführlich in der Stadtratssitzung diskutiert wurde.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass der Beschluss über Vergünstigungen eine „sympathische Aktion“ darstellt. Eine eventuelle Erhöhung von Gebühren hätte er sicher stellen dürfen.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass der Bürgermeister deshalb diesen Antrag stellt, weil er bei den Verhandlungen in Stockerau persönlich teilgenommen hat. Deshalb findet er es richtig, dass der Bürgermeister diesen Antrag stellt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 5: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachträglich beschlossen werden soll, dass der vorliegende Mietvertrag, betreffend Vermietung der **Vitrine Nr. 1 (Volksbank-Platz vor Congar rechts)** in der Bahnstraße mit Herrn

**Stefan Riedl
Gärtnergasse 17/6
2230 Gänserndorf**

ab 1. Oktober 2014 nachträglich genehmigt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 6: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegendes Übereinkommen mit der EVN Wasser vom 8.10.2014, betr. Zuschussversorgung von Gänserndorf Stadt mit Trinkwasser genehmigt werden soll.

Frau GR. Margot Linke teilt mit, dass sich die GRÜNEN dafür einsetzen, dass die eigenen Brunnen der Stadtgemeinde Gänserndorf unbedingt zu erhalten bzw. zu sanieren sind. Weiters sind die GRÜNEN auch für neue Brunnenbohrungen, um die Wasser-Autarkie, also die Unabhängigkeit Gänserndorfs weitgehend wieder hergestellt wird.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass das Zivilingenieurbüro Steinbacher bereits beauftragt wurde, die Leistungsfähigkeit der Brunnen bzw. die Sanierungsmöglichkeit der Brunnen festzustellen. Wenn dieses Konzept vorliegt, wird der Gemeinderat umgehend informiert.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt die Frage, ob der Abschluss dieses Übereinkommens eine Erhöhung des Wasserpreises zur Folge hat. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass durch den Abschluss dieses Übereinkommens keine Erhöhung des Wasserpreises notwendig ist.

Herr GR. Volker Weiss ist auch der Meinung, dass dieses Übereinkommen beschlossen werden soll. Es soll aber auch die Möglichkeit verfolgt werden, dass die Stadtgemeinde Gän-

serndorf einen bzw. zwei weitere Brunnen errichtet, wenn dies für die Sicherstellung der eigenen Wassergewinnung notwendig ist. Es ist auf jeden Fall besser, je unabhängiger die Stadtgemeinde Gänserndorf ist. Stellt die Frage, wann die Stadtgemeinde Gänserndorf dieses Übereinkommen ohne Bezahlung eines Pönale beenden kann. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass das Übereinkommen frühestens nach fünf Jahren ohne Pönale kündigen kann.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 7: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nach einer Ausschreibung durch DI. Steinbacher die Bestbieterfirma Krikler mit der Erneuerung der Abwasserpumpen in den Hebewerken in Gänserndorf Süd zu Kosten von € 72.675,- exkl. USt. lt. Angebot vom 21.9.2014 beauftragt werden soll (siehe vorliegenden Prüfbericht und Preisspiegel).

Da heuer nur ca. € 40.000,- zur Verfügung stehen, soll der Restbetrag im Budget 2015 berücksichtigt werden. Die Arbeiten für die Erneuerung werden ohnehin erst im Jahr 2015 abgeschlossen.

Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 8: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegender Abtretungsvertrag betreffend der Grundabtretung der Teilfläche 1 mit 71 m² gem. der Vermessungsurkunde des Zivilgeometers DI Robert Trefoniuk vom 13.8.2014, GZ 590/14, beschlossen werden soll.

Herr GR. Ernst Nadler stellt die Frage, ob die Stadtgemeinde Gänserndorf auf Grund dieses Vertrages einen Grund bekommt oder hergeben muss. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf auf Grund einer Teilung Grund ins öffentliche Gut bekommt. Leider bestehen einige Rechtsanwälte darauf, dass dies im Gemeinderat beschlossen werden soll, obwohl es auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht notwendig ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 9: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Vereinbarung, abgeschlossen zwischen der OMV Austria Exploration & Production GmbH und der Stadtgemeinde Gänserndorf, betreffend Querung der gemeindeeigenen PZ 2482 mit einer Förderleitung, beschlossen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 10: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beim Autohaus Brantner aus Gänserndorf ein Pritschenwagen der Type Opel Movano L2H1 (Ersatz für Fiat Ducato Bj. 2004) mit sonstigem Zubehör zu Gesamtkosten von € 26.180,00 lt. Anbot vom 30.09.2014 angekauft werden soll.

Eine entsprechende Leasingfinanzierung und Versicherung sollen abgeschlossen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 10a: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck berichtet, dass die ÖVP-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht hat:

Die Sicherheit unserer Kinder ist uns höchstes Gebot. Das Überqueren des Hafergrubenweges in Richtung Volksschule – Höhe mobiler Kindergarten – ist nicht ungefährlich. Verstärkt durch Klagen ob dieser Situation aus den Reihen besorgter Eltern, die sich an uns gewandt haben, fordern wir unverzüglich Maßnahmen einer Verbesserung (Zebrastreifen) für das Überqueren zu ergreifen.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt hierzu fest, dass er am heutigen Tag ein Ansuchen um Verkehrsverhandlungen betreffend Errichtung von Zebrastreifen unterschreiben hat. In diesem Ansuchen war auch der angeführte Bereich dabei. Frau Stadtrat Christine Beck ist der Ansicht, dass man hier mit Nachdruck vorgehen sollte.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, ob auch die Brunnengasse im Bereich der Bushaltestelle in der Nähe der Peter Rosegger Gasse dabei war. Er wurde seitens der Eltern insofern darauf angesprochen, dass dieser Bereich entschärft werden soll. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck weiß nicht, was in diesem Bereich geschehen soll.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt fest, dass der Dringlichkeitsantrag nur den Bereich Hafergrubenweg in Richtung Volksschule auf Höhe des mobilen Kindergartens betroffen hat. Für diesen Bereich wurde ja der entsprechende Antrag vom Vizebürgermeister unterschrieben. Er wird jedoch den zuständigen Bearbeiter, Herrn Karl Kamellor, den Auftrag erteilen, dass dieser bei der Bezirkshauptmannschaft bezüglich der Verkehrsverhandlung urgirt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 11: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der beiliegende 2. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2014 für den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag bzw. dass der 2. Nachtragshaushaltsabschluss genehmigt wird.

Frau GR. Margot Linke teilt im Namen der GRÜNEN mit, dass sie gegen diesen 2. Nachtragsvoranschlag stimmen werden, so wie sie auch das Budget 2014 nicht mitgetragen haben. Frau GR. Margot Linke möchte hier exemplarisch zwei Punkte bzw. Fragen nennen, die die GRÜNEN im 2. Nachtragsvoranschlag kritisieren:

- 010000 – Hauptverwaltung/Zentralamt: hier fällt eine eklatante Kostensteigerung auf – zu € 30.500,-- (Ausgaben VA laufend) kommen nochmals € 30.800,-- dazu = Verdoppelung! Der Großteil davon, nämlich € 22.000,-- unter der Haushaltsstelle 1/010000-729000 „Sonstige Ausgaben“ – stellt die Frage, was genau ist das?
- Auch die Einnahmen in diesem Bereich steigen interessanterweise von € 1.600,-- um € 16.400,-- auf € 18.000,-- - spannenderweise durch eine völlig neue Einnahmenart (2/010000+878000 – Kapitaltransferzahlungen von privaten Haushalten)
- Dafür tauchen unter 98 „Haushaltsausgleich“ 1/980000+910400 „Zuführung a.d.a.o.HH. Grundstücke“ € 300.000,-- auf der Ausgabenseite aus dem Nichts auf – die werden in den a.o.HH. transferiert. Die Frage der Bedeckung der Grundstücksankäufe aus der vorigen Gemeinderatssitzung stellt sich also nochmals – woher sind die € 300.000,--?

Hierzu wird mitgeteilt, dass die beiden ersten Kritikpunkte den Grund haben, dass diese Beträge aus dem Nachlass stammen (bei den Ausgaben Notariatskosten, Begräbniskosten usw. und bei den Einnahmen Bankguthaben, Bausparverträge usw.). Außerdem wird festgehalten, dass beim Nachtragsvoranschlag nur jene Summen der einzelnen Haushaltsstellen aufgelistet sind, bei welchen eine Änderung stattgefunden hat, das heißt, dass z.B. bei der Hauptverwaltung nicht nur die genannten € 30.800,-- aufscheinen, sondern ein weit höherer Betrag, welcher im Voranschlag zu ersehen ist.

Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt fest, dass die genannten € 300.000,-- eine Zuführung zum außerordentlichen Haushalt sind, was bedeutet, dass Überschüsse des ordentlichen Haushalts zur Finanzierung des außerordentlichen Haushalts verwendet werden. Dies bedeutet, dass auf Grund der sparsamen Budgetierung Eigenmittel zur Finanzierung von Vorhaben verwendet werden können und dadurch weniger Kredite aufgenommen werden müssen. Herr Stadtrat Rene Lobner findet diese Darstellung nicht fair, weil durch den beträchtlichen Nachlass aus der Erbschaft sehr viel finanziert werden konnte.

Der Antrag wird 27 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke, GR. Ernst Nadler, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 12: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Erweiterung Kläranlage“ ein Darlehen in Höhe von € 400.000,00 bei der HYPO Bank NÖ zu einem fixen Zinssatz (Laufzeit: 10 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360) von 1,441 % aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 13: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Errichtung Kindergarten Gänseblume“ ein Darlehen in Höhe von € 400.000,00 bei der HYPO Bank NÖ zu einem fixen Zinssatz (Laufzeit: 15 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360) von 1,857 % auf 15 Jahre aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 14: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass gemäß § 38 der NÖ. Bauordnung 1996, LGBl. 8200, den aus der Summe einer 3 m breiten Fahrbahnhälfte, eines 1,25 breiten Gehsteiges, der Oberflächenentwässerung und der Beleuchtung der Straße pro Meter errechneten Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe mit **€ 631,00** festgesetzt wird. Die Erhöhung des Einheitssatzes soll mit 1. Dezember 2014 in Kraft treten. Die beiliegende Verordnung wolle genehmigt werden.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 7. September 2011 beschlossen, dass der Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe dann neu beschlossen werden soll, sobald sich der Verbraucherpreisindex 2000 um 3 % verändert hat. Der Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe soll im Prozentausmaß der Indexerhöhung angepasst werden. Als Ausgangsbasis für die Veränderung des Verbraucherpreisindex wird der Monat Oktober 2012 (129,50 Punkte) des Verbraucherpreisindex 2000 herangezogen. Der Verbraucherpreisindex September 2014 (133,50 Punkte) ist gegenüber dem Verbraucherpreisindex Oktober 2012 um 3,09 % gestiegen.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass sich beim Berechnungsmodell für die Aufschließungsabgabe nichts geändert hat. Da es einen gültigen Gemeinderatsbeschluss gibt, welcher eine Erhöhung der Aufschließungsabgabe bei einer 3 %-igen Indexsteigerung vorsieht, ist bei der Erhöhung der Aufschließungsabgabe die Richtigkeit gegeben. Stellt die Frage, welche Gebühren bzw. Abgaben auch über eine Indexanpassung geregelt sind. Herr Stadtrat Christian Worlicek wird in der kommenden Finanzausschusssitzung berichten, welche Gebühren bzw. Abgaben durch eine Indexanpassung geregelt sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 15: Frau Stadtrat Ulrike Cap stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass bei der Firma BAU-MAX in Gänserndorf 4 Stück Feuerkörbe „Landmann“ fireplace um a` € 119,99 inkl. MwSt. angekauft werden sollen. Die Feuerkörbe sollen nicht an Privatpersonen verliehen werden.

Gesamtsumme: € 479,96

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 16: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Neubau des Kindergartens in der Dr. Hörler Gasse aufgrund des Vergabevorschlages des Atelier Deubners nachfolgende Leistungen (alle Preise exkl. USt.) vergeben werden sollen:

- Außenanlagen (Vorplatz) Fa. Teerag-Asdag Gänserndorf € 87.790,95
- Außenanlagen (Garten) Fa. Teerag-Asdag Gänserndorf € 51.917,02

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 17: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass SozialkartenbesitzerInnen ab dem Sommersemester 2015 für Kurse der Volkshochschule eine Ermäßigung in der Höhe von 50 % erhalten sollen.

Frau GR. Margot Linke teilt mit, dass die GRÜNEN diesen Antrag für gut befinden, weil hier Bildung gefördert wird. Bildung ist ganz wichtig um sich aus einer schlechten Lebenssituation herauszuarbeiten. Stellt die Frage, wie viele Sozialkarten-Besitzer es gibt und was diese Maßnahme etwa kosten wird.

Herr Stadtrat Walter Krichbaumer gibt hierzu bekannt, dass es im Jahr 2014 14 Sozialkarten-Besitzer gibt und dass für das Jahr 2015 bereits 2 Sozialkarten-Besitzer eine Verlängerung beantragt haben. Die Kosten für diese Maßnahme kann er nicht sagen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 18: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Deponie-Öffnungszeiten mit Wirkung 1.3.2015 wie folgt geändert werden sollen:

Von 1. März bis 30. November:

Montag	8 bis 17 Uhr
Dienstag	8 bis 17 Uhr
Mittwoch	8 bis 17 Uhr
Freitag	8 bis 17 Uhr
Samstag	8 bis 14 Uhr

Von 1. Dezember bis 28./29. Februar:

Freitag	8 – 16 Uhr
Samstag	8 – 14 Uhr

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 18a: Herr Stadtrat Lobner berichtet, dass die GRÜNEN folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht haben:

Umrüstung der Stromtankstelle am Rathausplatz in eine moderne E-Tankstelle mit Schnell-Ladefunktion.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt hierzu fest, dass im Voranschlag € 5.000,-- für den Tag der Sonne, Stromtankstellen usw. vorgesehen sind. Diese Summe wird wahrscheinlich zu knapp bemessen sein, um den Umbau auf eine moderne E-Tankstelle zu finanzieren. Ist der Meinung, dass auf alle Fälle entsprechend dem E-Car Sharing die Stromtankstellen umgebaut werden sollen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Stromtankstelle am Rathausplatz als erstes umgebaut werden soll oder ob nicht am Hauptstandort des E-Car Sharings eine neue errichtet werden soll. Auf jeden Fall sollte der Finanzstadtrat die benötigten Mittel zur Verfügung stellen.

Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass es an und für sich egal ist, wo eine Stromtankstelle umgebaut wird. Es sollen auf jeden Fall Schnellladungen möglich sein. Es stellt sich auch die Frage, ob diese Stromtankstellen nicht über LEADER gefördert werden können. Als erster Schritt sollte auf alle Fälle einmal eine Stromtankstelle umgerüstet werden. Die anderen können dann laufend umgerüstet werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt hierzu bekannt, dass bereits Fördermöglichkeiten über LEADER bzw. die Kleinregionen angedacht werden. Außerdem wird über die Anstellung eines Mobilitätsmanagers nachgedacht.

Frau GR. Margot Linke ist der Meinung, dass die geplante Stromtankstelle beim neuen Kindergarten „Gänseblume“ gleich als E-Tankstelle mit Schnell-Ladefunktion ausgebaut werden soll.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass die GRÜNEN an den diversen Ausschüssen als Zuhörer auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen teilnehmen können, obwohl sie kein Stimmrecht haben. Es wird jedoch den Vertretern der GRÜNEN immer das Rede-recht zuerkannt. Dies müsste nicht so sein. Findet es nicht fair, dass in den Ausschüssen die diversen Anträge nicht vorgebracht werden, sondern immer wieder mit Dringlichkeitsanträgen agiert wird.

Herr GR. Volker Weiss teilt mit, dass der zu gründende Verein überparteilich sein soll. Es soll konstruktiv mitgearbeitet werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, dass der gestellte Dringlichkeitsantrag in den zuständigen Ausschuss „Umwelt und Abfallwirtschaft“ zwecks Beratung und Umsetzung zurück verwiesen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 20,45 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: